



Das organisierte

Unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit verschafft sich die Bertelsmann-Stiftung gesellschaftlichen Einfluss und erspart ihren Eigentümern hohe Steuern. Aber wie recherchiert man das?

VON THOMAS SCHULER

Die Verquickung von Bertelsmann-Stiftung und AG legt nahe, dass die Interessen des Unternehmens stets an erster Stelle stehen.

Über Stiftungen zu recherchieren gleicht einem Stochern im Nebel. Die Stifter und ihre Mitarbeiter sprechen fortlaufend von Transparenz, aber entscheidende Finanzfragen bleiben unklar. Steueranwälte und Wirtschaftsprüfer helfen auch kaum weiter: Sie sitzen oft selbst in zahlreichen Stiftungsgremien und werden für ihre Dienste und ihre Verschwiegenheit gut bezahlt. Es

dauert zudem, bis man erkennt, in welchem Ausmaß Steuer- und Machtfragen bei diesem Thema eine zentrale Rolle spielen.

Die Berichte über Stiftungen lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Die eine Sorte betrachtet die Oligarchen gemeinnütziger Stiftungen als Helden der Zivilgesellschaft, die ihr Vermögen verschenken. Die andere Sorte handelt von Steuerflüchtlingsen, die ihr Geld mit Hilfe von eigennützigen Familienstiftungen in der Schweiz oder in Liechtenstein verstecken. Aber inwiefern dient auch eine gemeinnützige Stiftung privaten Interessen?

Wettbewerb im ganzen Land

Dieser Frage ging ich am Beispiel der Bertelsmann-Stiftung nach, weil sie besonders groß und einflussreich ist. Als operative Stiftung fördert sie nicht, sondern verfolgt nur solche Projekte, die die Eigentümerfamilie Mohn als wichtig erachtet – seit 1977 waren das etwa 750. In den Augen des Nachkriegsgründers von Bertelsmann, Reinhard Mohn, war nicht das Unternehmen, sondern die gleichnamige Stiftung

sein Lebenswerk. Mit ihr wollte er den Erfolg seiner Firma auf Staat und Gesellschaft übertragen. Alles sollte messbar sein, damit Wettbewerb entsteht. Was Bertelsmann groß machte, sollte das ganze Land voranbringen. Das war sein Anspruch. Eine »Bertelsmannrepublik Deutschland«. Den Begriff benutzte er nicht, aber er gibt nach Ansicht ehemaliger Mitarbeiter seinen Denkansatz wieder.

Vorbild aus den USA

Für die Stiftung und ihren Einfluss gibt es kein deutsches Vorbild. Da Reinhard Mohn stets in den USA nach Modellen suchte, machte ich es ebenso. Meine Vermutung war, dass als Vorbild die Ford Foundation gedient hatte – zeitweise die reichste und aktivste, aber auch umstrittenste Stiftung in den USA. Meine These bestätigte sich durch ein Gespräch mit einem ehemaligen Steuerexperten der Finanzabteilung von Mohns Unternehmen, der die Bertelsmann-Stiftung mitkonzipiert hatte. Die Ford Foundation wurde gegründet, um Erbschaftssteuer zu umgehen – eine deutliche Parallele zu Bertelsmann, wie sich durch Mohns eigene Schriften belegen lässt.

Deshalb lautete eine meiner Thesen: Die Stiftung ist für Mohn in erster Linie ein Finanzierungsinstrument, mit dem er Gewinne im Unternehmen behalten und wieder investieren kann. Obwohl die Bertelsmann-Stiftung fast 80 Prozent der Anteile an der AG besitzt, erhält sie eine Dividende, die nur jener einer Minderheitsbeteiligung entspricht. Ähnliche Finanzierungsinstrumente waren für Mohn die Beteiligung seiner Mitarbeiter am Gewinn und später am Unternehmen. Wie aber belegt man das?

Der ehemalige ZDF-Wirtschaftschef Michael Jungblut hat Mohn Anfang der 70er Jahre zum Modell der Mitarbeiterbeteiligung befragt. Mohn beschrieb





Mäzenatentum

damals, warum er Kapital- und Stimmanteile mittels einer Verwaltungsgesellschaft geteilt hatte. Genauso machte er es später mit der Stiftung, die von einer kleinen GmbH geführt wird. Dank Jungbluts Aufzeichnungen und Erinnerungen konnte ich Mohns Modell in seinen eigenen Worten beschreiben und Parallelen aufzeigen. Ehemalige enge Mitarbeiter aus der Vorstandsriege bestätigten meine These, dass die Stiftung für Mohn ein Finanzierungsinstrument war, mit dem er der Bertelsmann AG Wettbewerbsvorteile verschaffte. Von den sieben Milliarden Euro aus dem Verkauf der AOL-Anteile hat die Stiftung beispielsweise so gut wie nichts erhalten.

Ganz nah am Bundespräsidenten

Eine Stiftung ist nicht demokratisch legitimiert. Das ist problematisch, wenn sie politischen Einfluss nehmen will. Ich wollte zeigen, wie die Bertelsmann-Stiftung sich Legitimation an oberster Stelle der Politik verschafft. Als Türöffner diente beispielsweise eine wissenschaftliche Arbeit über Bundespräsident Roman Herzog.

Der Autor Michael Jochum hatte vier Jahre lang Zugang zu allen Mitarbeitern und Terminen Herzogs. Am Ende behauptete er sogar, er habe den Anstoß für das Stichwort »Ruck« zu Herzogs berühmter Rede gegeben. Wie intensiv der Mitarbeiter der Bertelsmann-Stiftung im Bundespräsidialamt eingebunden war, erfuhr ich in einem Gespräch mit Wilhelm Staudacher, dem ehemaligen Staatssekretär von Herzog. Staudacher sagte: »Jochum war bei allem dabei.« Eine geplante Biografie Herzogs hat Jochum zwar nie veröffentlicht. Für die Bertelsmann-Stiftung war sein Zugang dennoch wertvoll.

Die Familie hat das Sagen

Eine weitere These: Entgegen den Beteuerungen in der Öffentlichkeit agiert die Stiftung nicht unabhängig, sondern in Abstimmung mit den Chefs des Unternehmens und der Familie. So agierte die Stiftung bei der Reform der Rundfunkaufsicht vor elf Jahren nur zum Schein unabhängig. Tatsächlich war sie zum Nutzen der Konzerntochter RTL und des Unternehmens Bertelsmann tätig. Das hatte ich 1999

Foto: Thomas Kunsch



Nicht das Unternehmen Bertelsmann, sondern die Stiftung galt ihm als Lebenswerk: Reinhard Mohn und seine Frau Liz

als Reporter der *Berliner Zeitung* recherchiert und bei der entscheidenden Tagung in Gütersloh wichtiges Schriftmaterial gesammelt.

Ein zentrales Dokument ist eine Anweisung von Mark Wössner, damals Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Seinen Mitarbeitern schrieb er, die Stiftung solle sich mit dem Unternehmen koordinieren, um Argumente für »unsere Seite (Privatfunk)« zu sammeln. Wössner war damals zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens. Eine Ämterverquickung wie diese legt nahe, dass an erster Stelle die Interessen des Unternehmens stehen.

Ähnlich problematisch wie die Rundfunkreform war meinen Recherchen zufolge die von Bertelsmann propagierte Auslagerung kommunaler Verwaltungsaufgaben. Die Stiftung riet dazu – das Unternehmen machte ein Geschäft daraus. Das Pilotprojekt in Deutschland war »Würzburg integriert«. Eine Kopie des Vertragsentwurfs für diese Initiative erhielt ich 2007. Auf einem Kongress von Bertelsmann-Kritikern in Frankfurt erwähnte einer der Aktivisten, ein linker Lokalpolitiker aus Würzburg, den Vertrag. Niemand fragte ihn danach – außer mir. Eine Erfahrung, die sich immer wieder bestätigte: Man muss konkret nach Dokumenten fragen.

Nach einigen weiteren Kontakten und einem Besuch in Würzburg hielt ich das 67-seitige Vertragswerk in

In den USA können Journalisten Steuererklärungen der Stiftungen einsehen – in Deutschland muss man sich die Quellen erarbeiten.

den Händen. Wenige Monate später sprach ich mit dem beratenden Wirtschaftsprofessor und war beim Start des Projekts vor Ort in Würzburg. Der Kontakt zum damaligen Zeitpunkt war wichtig: Später wurde die Oberbürgermeisterin abgewählt, der Professor kündigte seine Mitarbeit auf. Die Nachfolger erbten

das Projekt, wollten aber nicht mehr darüber reden – obwohl sie kritisch eingestellt waren.

Wäre ich erst dann mit Anfragen gekommen, hätte ich den Verlauf nicht nachzeichnen können. In Studien und Gutachten spürte ich nun Belege für die Vermengung der Interessen auf.

Politiker-Reisen ins Ausland

Den Einfluss auf die Politik wies ich auch anhand der Arbeitsmarktreform Hartz IV nach. Ein Mitglied der Hartz-Kommission, der Politikprofessor Günther Schmid, beschrieb auf Anfrage den Einfluss der Stiftung auf die Reformen. Sie habe für Kommissionsmitglieder Reisen ins Ausland organisiert, bei denen jene Modelle diskutiert wurden, die sie für Reformen geeignet hielt. Die Kommissionsmitglieder seien beeindruckt gewesen, erinnerte sich Schmid. Ich konfrontierte ihn mit Widersprüchen zwischen den Arbeitsmarktberichten der Stiftung und Ergebnissen seiner eigenen Forschung. Das brachte Schmid dazu, über Fehler und Ungenauigkeiten in den Ländervergleichen der Stiftung zu sprechen.

Schließlich interessierte mich, ob die Stiftung sich selbst reformieren kann. Wie geht sie mit eigenen Fehlern um? Wie effizient arbeitet sie? Immerhin ist Effizienz ihr Zauberversprechen und ihre Begründung für Reformen. Dazu befragte ich Gerd Wixforth, den ehemaligen Stadtdirektor von Gütersloh. Nach seiner Pensionierung arbeitete er fünf Jahre beratend in der Stiftung.

Laut Wixforth ist die Effizienz der Stiftung ein Mythos, an den er selbst jahrzehntelang geglaubt hatte, der sich aber aus der Nähe als völlig falsch herausstellte. »Ich dachte viele Jahre, die Stiftung sei optimal organisiert, und kam aus dem Staunen nicht mehr heraus, dass die eine Hand nicht weiß, was die andere tut«, sagte Wixforth. »Das Delegationsprinzip funkti-

oniert vorne und hinten nicht.« Interne Bewertungen von Mitarbeitern bestätigten das.

Egal, welchen Experten oder Insider ich befragte – alle bestätigten und erweitern meine Thesen nur, weil ich Teile des gesamten Bildes sah und belegen konnte. Information schafft Information. Wer etwas weiß, erfährt mehr.

Wohltaten als geniale PR-Tricks

Doch die Öffentlichkeit hat in Deutschland bei Stiftungen nichts zu sagen – im Gegensatz zu den USA. Die Wohltäter betonen gerne, dass ein Stifter wie Reinhard Mohn fast sein ganzes Vermögen der Allgemeinheit geschenkt hat. Doch das ist lediglich eine geschickte PR-Formulierung. In Wirklichkeit gehören Stiftungen sich selbst. Die eigentliche Frage ist, wer sie kontrolliert.

Im Fall der Bertelsmann-Stiftung ist das nicht die Allgemeinheit, sondern die Familie Mohn dank einer komplizierten Stiftungskonstruktion. Die eigentliche Macht liegt in einer kleinen GmbH, in der Liz Mohn das Sagen hat. Das Gute daran für Rechercheure: Im Gegensatz zu Stiftungen müssen GmbHs mehr Informationen preisgeben. Wichtige Informationen erhielt ich so über den Eintrag im Handelsregister. Dazu zählt der Übertrag von Stimmen an eine weitere von Liz Mohn kontrollierte Stiftung, die damit die Mehrheit der Stimmen der Bertelsmann-Verwaltungsgesellschaft mbH (BVG) hält. Das geschah unbemerkt von der Öffentlichkeit, obwohl Journalisten nur die Satzung hätten einsehen müssen.

Selbstauskünfte sind unscharf

Man kann nicht behaupten, dass die Bertelsmann-Stiftung heimlich agiert, zumindest nicht nur. Im Gegenteil: Sie gibt viel Geld aus für Öffentlichkeitsarbeit – weit mehr als andere Stiftungen. Aber die Informationen, die sie bietet, erlauben oft keinen zutreffenden Eindruck davon, wie sie vorgeht, wo sie Einfluss nimmt und mit welchen Kriterien sie bestimmte Sichtweisen an die Politik heranträgt.

In den USA können Journalisten die Steuererklärungen der Stiftungen dank des Foundation Center in New York online einsehen. In Deutschland dagegen zählen klassische Reportertugenden. Man muss sich Quellen erarbeiten. Hilfreich dabei ist das Maecenata-Institut in Berlin und München, das über Fachleute und eine Fachbibliothek verfügt. Außerdem habe ich Journalisten-Seminare des Bundesverbandes



deutscher Stiftungen in Heidelberg besucht, die einmal im Jahr stattfinden. Dabei präsentiert der Verband Mäzenaten, im kleinen Kreis redet man über ihre Motivation zu stiften. Im Mittelpunkt stehen Wohltaten, nicht versteckte Einflussnahme, Macht- oder Steuerfragen.

Viele Fachleute, keine Journalisten

Einen völlig anderen Eindruck erhielt ich bei einem teuren Fachseminar über die Vermögensverwaltung von gemeinnützigen Stiftungen im Jahr 2008 in einem noblen Münchner Hotel. Ich saß zwei Tage inmitten von Stiftungs-, Steuer- und Bankfachleuten. Kein einziger Journalist war in Sicht. Für mich ein beruhigendes Zeichen, am richtigen Ort zu sein.

Die Vorträge waren trocken, aber am Ende des Seminars hatte ich wichtige Dinge über die Vermögensverwaltung gelernt und Kontakte zu Fachleuten geknüpft. Mir war eines klar geworden: Vermögensverwaltung ist ein zentraler Punkt bei Stiftungen. Die entscheidende Frage lautet nämlich: Für wen verwaltet eine Stiftung dieses Vermögen? Für die Allgemeinheit oder für sich selbst? Und gibt es (noch) andere Personen, die von der Verwaltung dieses Vermögens profitieren?

Zwei Milliarden Euro an Steuern gespart

Im Fall der Bertelsmann-Stiftung ist das die Familie Mohn. Schließlich hat Reinhard Mohn in seinem Buch »Erfolg durch Partnerschaft« 1986 geschrieben, die dann »nicht mehr durch Erbschaftssteuer belastete Finanzierungskontinuität« sei die »dominierende Zielsetzung« für die Gründung der Stiftung 1977 gewesen. Die Stiftung sollte verhindern, dass seine Erben Teile des Unternehmens verkaufen müssen.

Dank des so organisierten Mäzenatentums hat Familie Mohn geschätzt zwei Milliarden Euro Erbschaftssteuer gespart. Bislang allerdings hat die Stiftung in ihren Projekten weniger als 900 Millionen Euro ausgeschüttet.

Mohns Hinweis auf die Erbschaftssteuer wird heute gerne heruntergespielt oder ganz vergessen. Man tut so, als stehe nur der Gemeinnutz im Vordergrund. Tatsächlich hat Mohn 1998 im Handbuch Stiftungen selbst postuliert, die Stiftung arbeite »ausschließlich im Sinne des übergeordneten Gesellschaftsinteresses«. Die Wirklichkeit ist komplizierter.

Mitte 2009 fragte ich bei Bertelsmann an, ob ich die Satzungen der Stiftung einsehen könnte. Die

Satzung ist so etwas wie das Grundgesetz. Als ich sie mit einem Fachanwalt Satz für Satz durchging, erhielt ich eine Ahnung, wonach ich suchen musste. Wie eng ist die Stiftung mit dem Unternehmen verbunden? Wie sehr ist sie ihm zu Diensten? Ist sie eigenständig und unabhängig und damit zu Recht gemeinnützig und steuerbefreit?

Meine Bitte, sämtliche Satzungen einzusehen, verunsicherte die Bertelsmann-Stiftung. Meine These: Die mehr

als 20 Änderungen sind problematisch, weil sie den Einfluss der Familie Mohn für alle Zeiten sichern und sich nicht mit dem Versprechen der Unabhängigkeit der Stiftung vertragen. Warum sollte sie nur unabhängig von politischen Parteien sein, wie sie selbst behauptet? Warum nicht auch unabhängig vom Unternehmen Bertelsmann AG und der Eigentümerfamilie Mohn? Die Stiftung behauptete, die Änderungen seien kein Problem. Meine Quellen – immerhin Fachanwälte – behaupteten das Gegenteil.

Die Stiftungsaufsicht der Bezirke oder der Innenministerien hilft bei Recherchen nicht weiter. Die Aufsicht sieht ihre Aufgabe darin, die Privatsphäre der Mäzene zu schützen statt wie in den USA Stifter dazu zu zwingen, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen.

Überrascht und enttäuscht

Zwar hat sich die Bertelsmann-Stiftung vor sechs Jahren für ein Informationsfreiheitsgesetz und das Recht der Bürger auf Akteneinsicht bei Behörden eingesetzt. Und Nordrhein-Westfalen, das Stammland der Bertelsmänner, erhielt sogar ein solches Gesetz. Das Brisante daran: Stiftungen wurden ausgenommen, obwohl sie gemeinnützig und steuerbefreit sind. Das bedeutete für mich, dass ich mir die früheren Satzungen mühsam beschaffen musste.

Eine wichtige Hilfe dabei waren rund 30 ehemalige Mitarbeiter der Stiftung und des Unternehmens. Ebenso wichtig waren etwa 20 Wissenschaftler und Partner, die mit der Bertelsmann-Stiftung zusammengearbeitet hatten. Leute, die teils dem hehren Ideal der Stiftung folgten – und dann teils überrascht oder enttäuscht waren von der Wirklichkeit. ■

Die entscheidende Frage lautet, für wen eine Stiftung ihr Vermögen verwaltet: für die Allgemeinheit oder für sich selbst?

Thomas Schuler lebt als freier Journalist in München. Sein Buch »Bertelsmann Republik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik« ist jüngst im Campus Verlag erschienen.

